



Favoriten +

Zeitungsansicht

Drucken

Schliessen



Lokales

Post: "Versprechen muss man halten"

Eingliederung: Bund soll Kommunen entlasten

Lübbecker Land (-sl-). Der Bund soll die Kommunen entlasten und Teile der Eingliederungshilfe übernehmen. Dass die jährlich fünf Milliarden Euro aber erst 2018 kommen sollen und nicht schon 2017, das sorgt für Diskussionen (die NW berichtete am Samstag). Die SPD-Bundestagsfraktion solle einen klaren Beschluss fassen, dass die höhere Entlastung der Kommunen schon zum 1. Januar 2017 komme, sagte der SPD-Bundestagsabgeordnete Achim Post am Wochenende am Rande der Gemeindewahlkreis-Konferenz der SPD Stemwede.

Am heutigen Montag werden laut Post die SPD-Bundestagsabgeordneten aus OWL und NRW über das Thema beraten, am Dienstag die gesamte Fraktion. Am Wochenende steht das Thema bei einer Klausurtagung der Fraktion an. Bis dahin müsse man "einen klaren Beschluss der Fraktion auf den Weg bringen".

Konsens sei bislang, dass es im nächsten und übernächsten Jahr jeweils eine Milliarde gebe. "Wir wollen, dass es dann ab 2017 jährlich fünf Milliarden Entlastung gibt und nicht erst ab 2018", erklärte der SPD-Politiker auf Nachfrage. Mit allen Abgeordneten aus OWL habe er gesprochen und auch schon mit der Hälfte der SPD-Abgeordneten aus NRW. Die teilten seine Meinung, sagte Post. "Sie sind entschlossen, da richtig Druck zu machen."

Die höheren Zuwendungen und damit Entlastungen hätten viele Kommunen schon einkalkuliert, erklärte der SPD-Politiker. Er finde es "unmöglich", dass eine Regierung beziehungsweise ein Parlament einen Beschluss fassen wolle, der erst in der nächsten Legislaturperiode gelte.

Post fordert eine Neuregelung eines Bundesteilhabegesetzes. Das müsse jetzt auf den Weg gebracht werden. Der Bund müsse Teile der Eingliederungshilfe übernehmen und die Kommunen dadurch entlasten.

Urheber einer Verschiebung des Fünf-Milliarden-Paket des Bundes sei Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), der Geld sparen und eine "schwarze Null" wolle. Dass ein Finanzminister Geld sparen wolle, dafür habe er Verständnis, so Achim Post im Gespräch mit der NW. Im Fall der Eingliederungshilfe könne das aber nicht Politik der schwarz-roten Bundesregierung sein. Politik müsse anders aussehen, forderte Post. Alle hätten versprochen, die Kommunen zu entlasten. "Dieses Versprechen muss man halten."

© 2014 Neue Westfälische
14 - Lübbecke (Altkreis), Montag 17. März 2014